

# Arbeitslosigkeit

## ***Unternehmer sind verantwortlich !***

Wer oder was verursacht Arbeitslosigkeit? – Diese Frage wird in der Öffentlichkeit sehr selten sachkundig diskutiert. Vorherrschend sind Unterstellungen, Vorurteile und die Propaganda der Unternehmer, unterstützt durch ihre publizistischen und wissenschaftlichen Hilfstruppen. Wesentliche Behauptungen sind: Die Regierung hat mit schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen versagt. Die Arbeitskosten sind zu teuer. Die Arbeitslosen sind arbeitsunwillig und die Arbeitslosenunterstützung und –hilfe sind zu hoch. Die Arbeitsämter sind nicht in der Lage, Stellen unbürokratisch und rasch zu vermitteln. Angeblich sind zurzeit 1,5 Millionen freie Arbeitsplätze nicht besetzt. Kaum jemand kritisiert die Unternehmer.

Tatsache aber ist: Arbeitslosigkeit ist in der Regel das Ergebnis unternehmerischer Untätigkeit, Unterlassungen und Versäumnisse. Viele Beschäftigte in den Betrieben hoffen oftmals vergeblich, dass ihr Unternehmer und seine Beauftragten rechtzeitig etwas unternehmen, um durch Innovationen Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Stattdessen sollen ständig die Personalkosten gesenkt sowie tarifliche und gesetzliche Regelungen zum Schutze der Beschäftigten beseitigt werden. Regierung, Betriebsräte, Belegschaften und Gewerkschaften werden erpresst mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Bekämpfung sozialer Standards. Wer oder was schützt eigentlich die Beschäftigten vor den Fehlern der sogenannten Führungskräfte?

In meiner jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Praxis war die Ursache für Entlassungen und Insolvenzen in den allermeisten Fällen in beträchtlichen Fehlleistungen der jeweiligen Geschäftsleitung zu finden. Struktur und Größe eines Betriebes machen da keinen Unterschied. Die Offenbarungen kommen meist zu spät. Da hilft dann auch kein Sanierungskonzept mehr. Manager und Firmeneigentümer, Vorstände und Aufsichtsräte sind leider allzu häufig unfähig, rechtzeitig die richtigen Antworten auf veränderte Marktbedingungen und neue Herausforderungen zu geben. Es fehlen Innovationen, neue Ideen, Kreativität, Sachverstand und Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Beschäftigten. Betriebsräte und Belegschaften werden vorsätzlich oder aus Dummheit belogen und betrogen. Und das ist nicht etwa die Ausnahme wie zahlreiche Beispiele zeigen.

Berichte über kriminelle Machenschaften, Manipulationen, Buchhaltungstricks, Vergünstigungen für gute Kunden und manchmal auch für Politiker ergänzen derzeit die Diskussion über die wirtschaftliche Entwicklung. „In Deutschland wird bereits ernsthaft debattiert, ob es ehrbare Kaufleute überhaupt noch gibt.“ (Wochenzeitung DIE ZEIT v. 27.06.02, Seite 19). Der Mangel an qualifiziertem Führungspersonal erschwert die Suche nach Lösungen. Beim Hinweis auf die schlechte Konjunktur in vielen Branchen wird außerdem immer wieder vergessen, dass Nachfrage von der Einkommensentwicklung der Verbraucher und von der Steuerpolitik entscheidend abhängig ist. Wer Arbeitslosigkeit schafft bzw. zulässt, darf sich über geringeren Konsum nicht wundern. Die ökonomischen Probleme wurden von Unternehmern und ihren Managern verursacht und sind von ihnen zu verantworten.

Angeblich „bremsen Überregulierung, Bürokratie und ein verkrusteter Arbeitsmarkt das unternehmerische Engagement in Deutschland.“ Das behauptet jedenfalls frech und dreist der Präsident des BDI, Michael Rogowski. Zu den Kernforderungen seines Verbandes zählen u. a.

- Flächentarifvertrag wirksam flexibilisieren
- Gestaltungsräume für Betriebe bei Lohn- und Arbeitszeitfragen ausdehnen
- Günstigkeitsprinzip erweitern

- Betriebsverfassungsgesetz ändern
- Gesetzlichen und arbeitsrechtlichen Kündigungsschutz neu gestalten
- Effektiven Niedriglohnsektor realisieren
- Befristete Arbeitsverhältnisse und Zeitarbeit erleichtern
- Rechtsanspruch auf Teilzeit abschaffen
- Scheinselbstständigkeitsgesetz zurücknehmen

(Auszug aus der Veröffentlichung „10 Kernforderungen des BDI an die nächste Bundesregierung“).

Der CDU nahe Wirtschaftsrat lehnt Tariftreuegesetze als „wettbewerbsfeindlich“ ab und empfiehlt, die Tarifautonomie gesetzlich auszuhöhlen und den Niedriglohnsektor auszubauen. Und die FDP setzt noch einen drauf. Sie fordert weitere Steuerentlastungen für Unternehmer und Spitzenverdiener. Zur Gegenfinanzierung herangezogen werden Arbeitnehmer und Arbeitslose z.B. durch Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und Abschaffung der heute noch steuerfreien Zuschläge für Arbeit in der Nacht und an Sonn- und Feiertagen. Selten zuvor sind Unternehmer und ihre politischen Vollstrecker mit einer solch unglaublichen Demagogie und Skrupellosigkeit aufgetreten.

„Es sei „eine Illusion“ zu glauben, durch weitere Deregulierungen am Arbeitsmarkt könne man eine Beschäftigungswende herbeiführen, kontert Gustav Adolf Horn vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Dafür gebe es keine Belege.“ (Frankfurter Rundschau v. 27.06.02, Seite 7). Trotzdem wird die Bekämpfung der Arbeitslosen fortgesetzt. So kritisiert der BDA-Chef Dieter Hundt die Vorschläge der Hartz-Kommission u.a. mit dem Vorwurf: „Die Begrenzung des Arbeitslosengeldes auf zwölf Monate ist leider vom Tisch. Die Pauschalierung des Arbeitslosengeldes während der ersten sechs Monate ist Makulatur, und jetzt soll auch noch die Arbeitslosenhilfe unbegrenzt gezahlt werden.“ (FAZ Sonntagszeitung v. 21.07.02, Seite 30). Solche Äußerungen sind bezeichnend für Unternehmer und Politiker, die mit dem Ruf „Haltet den Dieb“ vom eigenen Versagen und der eigenen Unfähigkeit ablenken wollen. Ob sich materiell gesicherte Verbandsfunktionäre und Parteibonzen überhaupt vorstellen können bzw. wollen, was es für einen Familienvater bedeutet, arbeitslos zu sein?

Wer über die zahlreichen Erklärungen von Politikern, Unternehmern und vielen Journalisten sorgfältig nachdenkt, muss zu dem Ergebnis kommen, dass es eigentlich gar nicht um die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit geht. Es geht vielmehr um die Sicherung von Profiten und von Vorteilen im internationalen Wettbewerb. Es geht um Sicherung von Herrschaft in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft und um eine Schwächung der Gewerkschaften, Betriebsräte, Beschäftigten und Arbeitslosen. Jeder wird gegen jeden ausgespielt. Gründe genug für einen Aufstand der Betroffenen.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ihre Angst und Resignation überwinden. Unternehmermacht erfordert Gegenmacht. Die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen z.B. gestärkt werden. Betriebsräte und Belegschaften müssen das Recht erhalten, auf die Unternehmensentscheidungen zwingend Einfluss zu nehmen. Die Steuerpolitik muss in eine andere Richtung gelenkt werden. Die Einnahmen des Staates müssen verbessert und zur Förderung von öffentlichen Investitionen beschäftigungswirksam eingesetzt werden. Unsere Gesellschaft braucht keine Unternehmer nur zur Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste. Die Verantwortungslosigkeit der Profiteure muss endlich ein Ende haben. Es gibt viele Gemeinschaftsaufgaben, die ohne Privatunternehmer kostengünstiger, effektiver und effizienter bewältigt werden können. Auch dafür gibt es viele Beispiele. Oft genug sind Unternehmer und ihre hochbezahlten Manager überflüssig, absolut überflüssig. Entlassungen ohne Abfindungen (für Schlechtleistungen) wären angebracht. Manager müssen für ihre Fehler künftig mit ihrem Privatvermögen haften.

Franz Kersjes (August 2002)